

Niederschrift

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 24.04.2008	18:00 - 20:00 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Fiedler, Monika
Gollmer, Martin
Grasnick, Jürgen
Meinl, Maria
Nachtigall, Lothar
Paschek, Helga
Reibsch, Heike
Sachse, Gerold
Wobring, Karsten

CDU-Fraktion

Koch, Uwe
Lehmann, Karin
Lohaus, Ursula
Petenati, Wolfgang
Pohl, Heiko
Römer, Marion
Teichmann, Jürgen

SPD-Fraktion

Alter, Elisabeth
Bluschke, Helga
Hemmerling, Rita
Knopf, Werner
Luban, Jürgen
Schulze, Roland
Wagner, Elke

FDP-Fraktion

König, Lutz
Ksink, Reinhard

Bündnis 90/Die Grünen

Czerwinske, Inge
Zänker, Jens-Olaf

Bürgermeister

Reim, Manfred
Verwaltung
Daske, Bernd
Fellner, Anne
Hengst, Ulrich
Hoffmann, Ulrich
Roch, Jürgen
Schickert, Andrea

Abwesend

CDU-Fraktion

Hilke, Rolf
Lachmann, Hans-Joachim

FDP-Fraktion

Hoffrichter, Lothar

Verwaltung

Arnold, Andrea
Poltz, Andreas

TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Sitzung teilt der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung mit, dass die Abgeordnete Waltraud Rudolph, Mitglied der FDP-Fraktion, ihr Mandat niedergelegt hat. Als Nachfolgekandidatin rückt Frau Petra Schumann nach. Der Vorsitzende bittet Frau Petra Schumann nach vorn und verliest die Verpflichtungserklärung.

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Brandenburg und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Abgeordnete Petra Schumann verpflichtet sich.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung beglückwünscht Abgeordnete Schumann und wünscht ihr viel Spaß bei der Arbeit als Abgeordnete.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass die Ladungen fristgemäß erfolgt sind und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Von den 31 Abgeordneten sind 28 Abgeordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 41. Sitzung

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung wird bestätigt. Einwände zur Niederschrift liegen nicht vor.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 3 Anträge zur Tagesordnung

Zusätzlich zur heutigen Tagesordnung werden der Änderungsantrag zum Antrag „Kostenübernahme Essengeld vom 21.11.2007 der Fraktion DIE LINKE. als TOP 7.8. und der Erweiterte Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Durchführung einer Befragung zur Schulessensbeteiligung von Grundschulern als TOP 7.9. behandelt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung bestätigt und abgearbeitet.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Abgeordneter Teichmann, gibt folgende Informationen:

- Für den Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellung soll Herr Konrad Fickelscher (FDP) für Frau Petra Schumann als sachkundiger Einwohner berufen werden. Herr Fickelscher ist zur heutigen Sitzung nicht anwesend, aus diesem Grund erfolgt die Berufung in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.6.2008. Abgeordnete Petra Schumann ist seit ihrer Nachfolgekandidatur ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellung.
- Weitere Änderungen gibt es in der Besetzung der Ausschüsse:

Abgeordneter Lutz König (FDP) wechselt in den Rechnungsprüfungsausschuss (vorher im Stadtentwicklungsausschuss tätig) und
Abgeordneter Reinhard Ksink (FDP) wechselt in den Stadtentwicklungsausschuss (vorher im Sozialausschuss tätig)
- Der Tagungsort für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist in Trebus am 05.6.2008.

In der heutigen Sitzung ist die Unterzeichnung der „Fürstenwalder Erklärung“ zu vollziehen. Dazu ist Herr Reinhard Killisch von der Plattform gegen Rechts anwesend. Vor der Unterzeichnung verliest der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Abgeordneter Teichmann die „Fürstenwalder Erklärung. Diese ist der Niederschrift beigefügt. Die Fürstenwalder Erklärung wird von Herrn Reinhard Killisch, von der Plattform gegen Rechts, dem Bürgermeister, Herrn Reim und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Abgeordneten Teichmann, unterzeichnet. Die Fürstenwalder Erklärung wird in der Stadtverwaltung im Stadtverordnetenbüro und im Bürgerbüro und im Büro der Plattform gegen Rechts ausgelegt.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert zu folgenden Schwerpunkten:

- Zur Fachtagung gegen häusliche Gewalt am 10.4.2008 in der RAG
- Zur Übergabe des Mehrgenerationenhauses am 11.4.2008
- Über die Eröffnung der Ausstellung „Ermutigung“ am 23.4.2008

- Über die Aktion „Putzmunter“, 19 Aktionen haben dazu stattgefunden. In dem Zusammenhang bedankt sich der Bürgermeister bei allen Beteiligten.
- Über das Stattfinden einer Fachkonferenz –gegen den braunen Müll- Integration findet vor Ort statt, Ansätze interkultureller Öffnung und Partizipation im Landkreis Oder-Spree am 29.4.2008 im Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“
- Gedenkveranstaltung des Internierungslagers Ketschendorf am 26.4.2008, Beginn 11.00 Uhr mit einem Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche, Fortsetzung Gedenkveranstaltung an der Gedenkstätte.
- Übergabe der Bootssteganlage am „Haus am Spreebogen“, am 26.4.2008 und 13.30 Uhr
- Am Sonntag, dem 27.4.2008 Anradeln in der Region, Treffpunkt in diesem Jahr ist die Stadt Fürstenwalde auf dem Platz zwischen Dom und Museum
- Am 30.4.2008 Bereisung der Jury zur Landesgartenschau 2013 in der Stadt Fürstenwalde

TOP 7 Drucksachen öffentliche Sitzung

TOP 7.1 Kommunalwahl am 28.September 2008 4/533 hier: Bestimmung des Wahlkreises

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für das Wahlgebiet der Stadt Fürstenwalde zur Kommunalwahl am 28. September 2008 einen Wahlkreis zu bilden.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.2 Wirtschaftsplan 2008 des Städtischen Betriebshofes - Kommunaler 4/536 Eigenbetrieb

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan des Städtischen Betriebshofes – Kommunaler Eigenbetrieb gemäß der Zusammenstellung nach §15 Abs.1 EigV für das Wirtschaftsjahr 2008.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.3 13. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde 4/528 (Tränkeweg) hier: Einleitungsbeschluss

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde.
2. Der Einleitungsbeschluss zur 13. FNP-Änderung ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Änderungsverfahren durchzuführen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.4 Ausführungsbeschluss zum Bauvorhaben Ausbau Hans-Sachs-Straße 4/534

Beschluss:

Der Ausführung des Bauvorhabens Ausbau Hans-Sachs-Straße wird, entsprechend der vorliegenden Ausführungsplanung, zugestimmt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.5 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 43 "Wohnbebauung Leistikowstraße" hier: Beschluss zur Aufhebung der Satzung 4/535

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der berührten Behörden keine Einwände eingegangen sind und dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Eine Abwägung ist deshalb nicht erforderlich.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 5 und 35 Abs. 2 Ziff. 10 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg in der Fassung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. I/01, S. 154), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 28.06.2006 (GVBl. I/06, S. 74,86) in Verbindung mit § 10 und § 1 Abs. 8 BauGB in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte vom 21.12.2006 (BGBl. I, S. 3316) die Aufhebung der Satzung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 43 „Wohnbebauung Leistikowstraße“ für das Gebiet Gemarkung Fürstenwalde, Flur 118, Flurstück 14, 21, 22 tw., 23 und 24 tw., bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B). Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufhebung der Satzung ortsüblich öffentlich bekannt zu machen und die Landes- und Regionalplanung sowie das Amt für Kreisentwicklung von der Aufhebung in Kenntnis zu setzen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.6 Vergabe des Namens "Sonnengrundscheule" an die 4.Grundschule Fürstenwalde 4/530

Abgeordneter Sachse gibt den Hinweis, mit der 4. Grundschule Fürstenwalde noch einmal das Gespräch zu suchen, um vielleicht den Namen Sonnengrundscheule mit einem Bindestrich zu schreiben „Sonnen-Grundscheule“.

Beschluss:

Gemäß § 99 Absatz (3) in Verbindung mit § 90 Absatz 1 des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG) gibt die Stadt Fürstenwalde der 4.Grundschule den Namen "Sonnengrundschule".

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.7 Antrag der SPD-Fraktion zur Kostenübernahme beim Schulessen

Die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Abgeordnete Wagner, bemerkt zu dem eingebrachten Antrag der Fraktion, dass dieser nicht mehr relevant ist, da der Antrag in der Sitzung des Hauptausschusses am 16.4.2008 keine Zustimmung fand. Gemäß Gemeindeordnung § 35 ist nach Ablehnung eines Antrages dieser nicht mehr in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu beraten und abzustimmen.

Ablehnung

TOP 7.8 Antrag zur Durchführung einer Befragung zur Schulessensbeteiligung von Grundschulern

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. erläutert noch einmal den Antrag zur Durchführung einer Befragung zur Schulessensbeteiligung von Grundschulern und stellt kurz den Sachverhalt dar. In den ausführlichen Diskussionen in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen zum Thema Essengeld kam deutlich zum Ausdruck, dass offenbar nicht nur finanzielle Probleme von Familien die Ursache dafür sind, dass Kinder ab dem Grundschulalter nicht mehr am Schulessen teilnehmen.

Die Fraktion DIE LINKE. hatte dazu Recherchen angestellt, die ergeben haben, dass unter anderem auch organisatorische Probleme bei der Essenausgabe, die Kinder am Essen hindern. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion DIE LINKE., dass die Verwaltung in den Grundschulen in Trägerschaft der Stadt bei Schülern und Eltern eine Umfrage durchführt, um umfassende Daten darüber zu gewinnen, warum Schüler nicht am Essen teilnehmen. Die Befragung könnte mit Hilfe eines Fragebogens, der durch Schüler der Stadt Fürstenwalde mit Marketingunterricht erarbeitet werden.

Dem Antrag vorangegangen, war ein weiterer Antrag der Fraktion DIE LINKE., der beinhaltet, dass die Stadt Fürstenwalde als freiwillige soziale Leistung auf Antrag für Fürstenwalder Kinder aus sozial schwachen Familien die Kosten für das Essen in Schulen und Kindereinrichtungen übernimmt. Die Fraktion beantragt, ihren ursprünglichen Essengeldantrag so lange zurückzustellen, bis die mit dem oben genannten Antrag gewünschten Informationen vorliegen und daraus Schlüsse gezogen werden können.

Abgeordnete Wagner bemerkt zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE., dass die Durchführung einer Befragung zur Schulessensbeteiligung von Grundschulern gut ist, wundert sich aber, dass der Antrag für die Befragung der Eltern und Schüler erst nach einigen Monaten langer Diskussionsrunden eingeht.

Auch die CDU-Fraktion vertritt die Meinung, dass es notwendig ist, sozial schwachen Familien zu helfen und die Kosten für das Essen in Schulen und Kindereinrichtungen zu übernehmen, aber es hätte längst schneller und fundierter passieren müssen. Diesen Eindruck hatte man in den letzten Diskussionen nicht. Der Antrag zur Durchführung einer Befragung kommt viel zu spät.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass über essensstützende Maßnahmen nicht mehr diskutiert werden muss, die Notwendigkeit in Hartz IV Zeiten ist einfach da. Abgeordneter Zänker bemerkt, dass nur eine schnelle Hilfe eine gute Hilfe ist und bedauert, dass der Antrag der SPD-Fraktion zur Kostenübernahme beim Schulessen im letzten Hauptausschuss keine Zustimmung fand.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, bis zu den Sommerferien 2008 eine Befragung bei Schülern und Eltern an den Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde zur Essensteilnahme durchzuführen.

Zur Unterstützung der Erarbeitung eines Fragebogens sollen entsprechende Schulen der Stadt für eine Mitarbeit gewonnen werden.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.9 Änderungsantrag zum Antrag "Kostenübernahme Essensgeld" vom 21.11.2007

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., Abgeordnete Paschek, zieht aufgrund der Zustimmung des Antrages zur Durchführung einer Befragung zur Schulessensbeteiligung von Grundschulern den Änderungsantrag zum Antrag „Kostenübernahme Essensgeld“ vom 21.11.2007 zurück.

TOP 7.10 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2008**4/532/1**

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, nimmt noch einmal die Gelegenheit wahr und bedankt sich bei den Fraktionen, die der Verwaltung die Gelegenheit gegeben haben, den Haushalt 2008 genauer vorzustellen. Die Anforderungen, die noch an den Bereich Finanzen gestellt wurden, konnten in die heute vorgelegte überarbeitete Fassung der Haushaltssatzung mit eingearbeitet werden. Dazu gibt der Erste Beigeordnete noch einmal ausführliche Erläuterungen. So. z. B. wurden weitere 10.000,00 Euro für die Präsentation und Bewerbung zur Landesgartenschau 2013 eingestellt. Beachtung fand auch der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2330,00 Euro für die Mobilitätshilfe einzustellen. Weitere 410.000,00 Euro wurden zur Renaturierung einer ehemals militärisch genutzten Fläche an der Rudolf-Breitscheid-Straße eingestellt.

Nach den Ausführungen des Ersten Beigeordneten, Herrn Hengst, haben die Fraktionen das Wort.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., Abgeordnete Paschek, bemerkt in ihrer Haushaltsrede, dass es die letzte Haushaltssatzung ist, die die Abgeordneten in dieser Konstellation verabschieden werden, sie aber hofft, dass es nicht das letzte Mal ist, dass eine Stadtverordnetenversammlung einen ausgeglichenen Haushalt verabschiedet. Zu begrüßen ist, dass seit Jahren im sozialen Bereich keine Kürzungen vorgenommen wurden. Es wäre vielleicht aber auch an der Zeit zu verkündigen, dass die Stadt im sozialen Bereich zugelegt hat. So z. B. im Zusammenhang mit dem kommunalen Kombilohn, der im Haushalt der Stadt mit 50.000,00 Euro eingestellt ist. Dabei geht es um personelle Absicherungen in Jugend- und Kultureinrichtungen. Die Fraktion DIE LINKE. begrüßt deshalb ausdrücklich die Einführung des kommunalen Kombilohns auch in der Stadt Fürstenwalde, als Einstieg in den öffentlich gefährdeten Beschäftigungswettbewerb. Auch die Erschließung weiterer Gewerbegebiete in der Stadt Fürstenwalde ist ein wichtiger Faktor. Investoren bringen Arbeitsplätze, aber auch Gewerbesteuern. Die Stadt Fürstenwalde hat sich in den letzten Jahren, was den Punkt wirtschaftliche Entwicklung betrifft, sehr positiv entwickelt. In den nächsten Jahren wird es aber schwierig werden, Fachkräfte zu finden. Aus diesem Grund begrüßt und unterstützt die Fraktion das Vorhaben in der Stadt Fürstenwalde, eine Ausbildungsmesse durchzuführen. Dabei sollte aber auch die Problematik „Fördermittel“ immer wieder auf der Tagesordnung stehen. Ein weiteres Gebiet, was bereits in vielen Diskussionen angesprochen wurde, ist die Sauberkeit in der Stadt Fürstenwalde. Hier müsste im Einklang mit den anderen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung überlegt werden, dafür Mittel im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Eine Realisierung für den Jugendclub im Park oder für die Feuerwehr hätte die Fraktion bereits in diesem Jahr begrüßt.

Die Fraktion DIE LINKE. bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erarbeitung

des 2. doppischen Haushaltes .

Der Haushalt 2008 erhält von der Fraktion die Zustimmung.

Von der SPD-Fraktion, spricht die Vorsitzende, Abgeordnete Wagner, zum Haushalt 2008. Die doppelte Buchführung soll zu mehr Transparenz, zu mehr Wirtschaftlichkeit und zu mehr politischen Zielvorgaben führen. Auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren von dem neuen Rechnungswesen. Jeder kann leichter als bisher nachvollziehen, wie seine Steuergelder verwendet werden und kann sich sein eigenes Bild von der wirtschaftlichen Situation seiner Kommune machen. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass der vorliegende Haushaltsplanentwurf ein umfangreiches Zahlenwerk mit Produktzuweisungen, Zahlen und Summen ist. Um so mehr musste von den Abgeordneten dazu die Verwaltung befragt werden. Die von der SPD-Fraktion geforderte Aufstellung und Beschreibung der Investitionen über 25.000,00 Euro gibt auch keinen konkreten Aufschluss. Die SPD-Fraktion hofft bei der nächsten Aufstellung des Haushaltes auf noch mehr Transparenz, d. h. dass die einzelnen Zahlen rechtzeitig im Detail dargestellt werden. Ein Dank gilt besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Aufstellung des Haushalts beteiligt waren, dabei bezieht die SPD-Fraktion den Ersten Beigeordneten mit ein.

Die SPD-Fraktion findet es befremdlich, dass Beratungsvorlagen, die sich im Bereich zweistelliger Millionenbeträge belaufen, als Tischvorlage zur sofortigen Beschlussvorlage in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Noch verwunderlicher findet die SPD-Fraktion es, dass die Drucksache von den Abgeordneten mehrheitlich beschlossen wurde.

Mit der Ausweisung von Gewerbeflächen zu marktgerechten Preisen ist es der Stadt gelungen, bereits vorhandene Unternehmen zu halten und auch neue anzusiedeln. Freie Gewerbeflächen sind in den letzten Jahren knapp geworden, deshalb ist es notwendig, dass die Gewerbegebiete schnellstens weiter entwickelt werden.

Zu begrüßen ist auch der Ausbau von unbefestigten Anliegerstraßen, so z. B. der Ausbau der Hans-Sachs-Straße. Dazu beantragte die SPD-Fraktion im Haushalt 2007 eine jährliche Bereitstellung von 100.000,00 Euro für den Ausbau von unbefestigten Anliegerstraßen.

Ausdrücklich begrüßt die SPD-Fraktion die bauliche und finanzielle Förderung des Mehrgenerationenhauses in Fürstenwalde Nord. Auch die Familienfreundlichkeit der Stadt ist ein wichtiges Entscheidungskriterium für Familien und Lebensgemeinschaften, die sich Gedanken über einen neuen Wohnungsstandort machen. Aber auch für Eltern, die dafür Sorge tragen möchten, dass ihre Kinder gute Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung in der Stadt haben.

Der Haushalt weist auch wichtige Objekte, gerade für den Schulbereich aus. In dem Zusammenhang mahnt die SPD-Fraktion erneut den fehlenden Schulentwicklungsplan an.

Auch der Umbau der Schulen als Ganztagschulen macht Fortschritte, aber die Zahl der Schulsozialarbeiter sind noch nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Faktor um Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Zur Zeit sind ausreichende Sozialarbeiterstellen für die Stadt nicht finanzierbar.

Eine sorgniserregende Entwicklung ist die Jugendgewalt und das zunehmend menschenverachtende Gedankengut in den Köpfen junger Menschen. Das sieht zum Glück eine Mehrzahl der Jugendlichen anders. Darum bedarf es der Anstrengung aller demokratischen Parteien, das in der Stadt Fürstenwalde zu verhindern.

Auch die aktive Mitwirkung der Stadt Fürstenwalde an der Initiative „Vielfalt tut gut“ wird von der SPD-Fraktion sehr begrüßt.

Feuerwehren sind unverzichtbare Einrichtungen in jeder Gemeinde. Ihre ehrenamtliche Einsatzbereitschaft über das ganze Jahr verdient Hochachtung und Dank. Der Neubau der Feuerwache Nord scheiterte bisher an schlechte Konzepte, fehlende geeignete Grundstücke im Eigentum der Stadt und an nicht vorhandene finanzielle Mittel im Haushalt der Stadt.

Im Jahr 2008 sind diese Gründe aus dem Weg geräumt.

Die SPD-Fraktion beantragt aus diesem Grund die Einstellung der notwendigen finanziellen Mittel für den Bau der Feuerwache Nord in voller Höhe in den Haushalt 2008. Zum finanziellen

Ausgleich schlägt die SPD-Fraktion auf den Kauf des Grundstückes der Bowlingbahn in der Großen Freizeit in Höhe von 430.000,00 Euro zu verzichten.

Der Antrag der SPD-Fraktion liegt den Abgeordneten vor.
Abgeordnete Wagner geht noch einmal kurz auf die Begründung des Antrages ein.

Abgeordneter Petenati bemerkt zum Antrag der SPD-Fraktion, dass für die Feuerwache Nord 80.000,00 Euro für die Planung im Haushalt 2008 eingestellt sind. Die CDU-Fraktion ist nicht der Auffassung, dass der Beschluss, der zum Kauf des Grundstückes der Bowlingbahn in der Großen Freizeit gefasst wurde, geändert werden sollte. Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zu.

Der Bürgermeister, Herr Reim, informiert zum Antrag der SPD-Fraktion, dass die Sicherung des Grundstückes der Bowlingbahn in der Großen Freizeit unbedingt erforderlich ist, da alle umliegenden Grundstücke städtische Grundstücke sind. Für den Neubau der Feuerwache Nord hat es nicht an finanziellen Mitteln gemangelt, sondern es haben viele andere Faktoren eine Rolle gespielt.

Abgeordneter Schulze stellt noch einmal die Sachlage aus Sicht der Fraktion dar und bemerkt, dass die Fraktion nach wie vor der Auffassung ist, dass die Bewirtschaftung einer Bowlingbahn nicht eine städtische Angelegenheit ist.

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, bemerkt, dass die Stadtverordnetenversammlung dazu einen Beschluss gefasst hat, der von der Verwaltung auch umgesetzt wird. Die geschlossenen Verträge sichern einen Rückfluss von fast 54.000,00 Euro im Jahr von den Investitionen. Die Investitionen, die durch die Stadt in das Grundstück getätigt werden, werden mit einer Rendite von über 12 % getilgt. Die Bewirtschaftung erfolgt nicht durch die Stadt, sie ist nur Eigentümer des Objektes. Die Bewirtschaftung wird von einem privaten Unternehmen geführt.

Es erfolgt die Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion, der da lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung verzichtet auf den Kauf des Grundstückes der Bowlingbahn in der Großen Freizeit in Höhe von 430.000,00 Euro und stellt den notwendigen Betrag für den Neubau der Feuerwache Nord bereits im Haushalt 2008 bereit.

Zustimmung Ja 7 Nein 19 Enthaltung 3 Befangen 0

Der Antrag der SPD-Fraktion ist somit abgelehnt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion geht in seinen Ausführungen zum Haushalt 2008 darauf ein, dass er in Ausschüssen und in den Fraktionen ausführlich beraten wurde. In den Diskussionen war es immer wieder zu spüren, dass der Umgang mit der Doppik noch sehr fremd ist. Welch enormer Aufwand musste in der Verwaltung betrieben werden, um die Umstellung auf den doppelten Haushalt vorzunehmen, ganz zu schweigen von der Aufstellung der Eröffnungsbilanz.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großer Dank gebührt. Die Detailfragen wurden bereits hinlänglich geklärt und der Abgeordnete Petenati möchte darauf nicht noch einmal eingehen. In dem einen oder anderen Bereich hat die CDU-Fraktion eine andere Vorstellung, ist aber trotzdem der Meinung, dass gute Kompromisse gefunden wurden. Die gesetzlichen Verpflichtungen sind abgesichert und auch die sozialen und kulturellen Bereiche fanden entsprechende Berücksichtigung. Für den Sportbereich wurden 3,5 Mio. Euro eingestellt. Die CDU-Fraktion wird ein Augenmerk darauf nehmen, dass die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel mit Fördermitteln, wenn es möglich ist, verdoppelt werden können.

Die städtebauliche Entwicklung der Stadt darf nicht zum Stillstand gelangen. Das bringt Arbeitsplätze für Handel, Handwerk und Gewerbe in unserer Stadt.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2008 zu.

Die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordnete Czerwinske, bemerkt zur Haushaltssatzung 2008 und weist noch einmal grundsätzlich darauf hin, dass die Abgeordneten und die Kommunalverwaltung eine hohe Verantwortung im Umgang mit den Haushaltsmitteln tragen.

Dieser Verantwortung wird nicht gerecht, wer über Tischvorlagen in zweistelliger Millionenhöhe entscheidet.

Diese Verfahrensweise wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mitgetragen.

Im Haushalt 2008 sind viele sinnvolle Investitionen getätigt worden für Wirtschaft, Familien, bedingt durch die günstige Lage der Stadt und die schnelle Bearbeitungszeit in der Verwaltung, hier sei die Grundsteinlegung für Odersun „SunTwo“ genannt. Die Stadt Fürstenwalde hat für den Klimaschutz, mit Umwandlungen von Konversionsflächen und Ansiedlung umweltverträglicher Industrie- und Gewerbevorhaben positives geleistet. Zum Thema Klimaschutz gibt es aber noch viel Spielraum, so z. B. mit energiesparenden Maßnahmen u. v. m.

Die Fraktion begrüßt in dem Haushalt 2008 ausdrücklich, dass die Mittel für alle freiwilligen Leistungen, für die Kulturfabrik, Museum, Bibliothek, Jugendclubs, bis hin zu der von der Fraktion beantragten Mobilitätshilfe für sozial Benachteiligte, in der beantragten Höhe eingestellt wurden.

Die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben sich stets dem Fahrradfahren gewidmet, angefangen von den Radwegen bis hin zur Sicherheit des Radfahrens. Eine gute Sache ist es, dass hier 70.000,00 Euro zur Verbesserung der Radwege eingestellt wurden.

Die Fraktion bewahrt sich eine kritische Sicht auf den Haushalt. In der Mitverantwortung für die Stadt Fürstenwalde stimmt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt 2008 zu.

Ein Dankeschön geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereiches Finanzen für die fachkompetente Beratung.

Für die FDP-Fraktion sprach Abgeordneter Ksinek und bemerkt dazu, dass die Abgeordneten der Fraktion und die Mitglieder der Partei der Stadt Fürstenwalde sich mit den Zielen und Zahlen des Haushaltes 2008 identifizieren können und stimmen dem Haushalt 2008 zu.

An die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung geht ebenfalls ein Dankeschön für den gewaltigen Arbeitsaufwand. Die Verwaltung erhält weiterhin das Vertrauen der FDP-Fraktion.

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, geht noch einmal kurz auf die Bemerkungen zur Tischvorlage 4/531 ein und betont, dass es keine vertragliche Verpflichtung gab, einer solchen Fondsabwicklung zuzustimmen, es war eine Chance. Im Ergebnis des Beschlusses ist die Stadt keine neue Verpflichtung eingegangen, sondern es wurde eine Einsparung im zweistelligen Millionenbereich erzielt. Es ist in dem Moment keine Neuverpflichtung für die Stadt, sondern eine Entlastung für die Stadt. Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, bemerkt noch einmal, dass das Thema zu der eingebrachten Tischvorlage 4/531 wochen- und monatelang vorher diskutiert wurde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die überarbeitete Haushaltssatzung 2008 in der vorgelegten Fassung.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8 Anfragen der Abgeordneten

Abgeordnete Fiedler hat erfahren, dass ein weiterer Wegfall einer Stelle im Stadtteiltreff KiezKOM zum 31.7.2008 erfolgen soll. Sie fragt nach, welche Möglichkeiten die Stadt sieht, sich dafür einzusetzen, dass die Stelle erhalten bleibt.

Die Verwaltung nimmt den Hinweis auf und wird diesen prüfen.

Weitere Informationen möchte die Abgeordnete Fiedler über die Zusammenkunft mit Herrn Reim,

Herrn Politz, dem Ortsbeirat und Eltern zur Errichtung eines Kinderspielplatzes in Trebus.

Dazu antwortet der Bürgermeister, Herr Reim.

Die eine Variante, die die Stadt dem Ortsbeirat und den Eltern angeboten hat, war die Öffnung des Spielplatzes in der Kita in Trebus, mit einer entsprechenden Ausstattungsergänzung. Diese Variante wird bereits in Fürstenwalde praktiziert

Die zweite Variante dazu war, ein Gelände in der Nähe des Sportplatzes dafür zu nutzen.

Ein weiteres Angebot der Stadt war, mit der Spielplatzkommission der Stadt in Kontakt zu treten, um inhaltliche und auch finanzielle Fragen zu klären. Eine Entscheidung wird jetzt erst einmal durch den Ortsvorstand in Trebus getroffen.

Abgeordnete Wagner gibt den Hinweis, dass eine Überarbeitung der Geschäftsordnung und der Hauptsatzung der Stadtverordnetenversammlung im Zuge der neuen Kommunalfassung erforderlich wäre.

In dem Zusammenhang richtet Abgeordneter Sachse seine Anfrage an den Fachbereichsleiter Verwaltungsservice, Herrn Hoffmann, betreffs der neuen Kommunalfassung, die am 28.9.2008 in Kraft tritt. Demzufolge müsste die Konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der neuen Kommunalverfassung ablaufen. Abgeordneter Sachse fragt nach, ob im Vorfeld die Erarbeitung der neuen Geschäftsordnung und der Hauptsatzung nach der neuen Kommunalverfassung noch durch die jetzige Stadtverordnetenversammlung erfolge müsste.

Der Fachbereichsleiter Verwaltungsservice, Herr Hoffmann, informiert dazu, dass ein viertel Jahr nach der Wahl der neuen Stadtverordnetenversammlung eine neue Geschäftsordnung und Hauptsatzung erarbeitet werden müsste. Die Konstituierende Sitzung würde noch der alten Hauptsatzung und Geschäftsordnung, also nach der alten Gesetzeslage, durchgeführt werden. Eine Neufassung kann zur Zeit noch nicht erfolgen, da viele Bestimmungen kommunaltechnischer Veränderungen erst dann in Kraft treten, wenn die neue Kommunalordnung vorliegt und rechtskräftig ist.

Zur Anfrage der Abgeordneten Paschek in der Stadtverordnetenversammlung vom 15.11.2007 betreffs der Begrünung im Bereich des Discounter „Netto“ liegt ihr noch keine Antwort vor.

Des weiteren fragt Abgeordnete Paschek nach, wie lange der Probetrieb der Anzeigetafeln am Bahnhof in Fürstenwalde noch läuft.

Abgeordnete Paschek geht auf ein Problem Trebuser Bürger ein, die erklärt haben, dass viele Einwohner aus Trebus vom DSL Netz abgeschnitten sind. Die Einwohner gaben die Anregung, dass im Zuge des Ausbaus der Trebuser Straße die Telekom das Angebot unterbreitet hat, investive Maßnahmen vorzunehmen, wenn eine Beteiligung durch die Stadt Fürstenwalde erfolgt.

Die Verwaltung nimmt die Anfragen der Abgeordneten Paschek auf und wird noch einmal den Sachverhalt zu ihren Anfragen prüfen.

Abgeordnete Alter fragt nach, ob zu ihrer Anfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.4.2008 durch das Ordnungsamt eine Auskunft gegeben werden kann.

Sie fragte in der Sitzung des Hauptausschusses nach, ob in den letzten Jahren nach Beschluss des Bußgeldkatalogs tatsächliche Verursacher ermittelt und zur Verantwortung gezogen wurden und ob die Anliegerpflichten kontrolliert und durchgesetzt werden bzw. welche alternativen Möglichkeiten zur Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit in der Stadt bestehen.

Dazu antwortet der Fachbereichsleiter öffentliche Sicherheit und Ordnung, Herr Daske, dass der Bereich zum Jahreswechsel 2006/2007 eine neue Software von einer anderen Firma erhalten hat, die die alten Unterlagen gespeichert, komprimiert und archiviert haben. Das alte und das neue System stimmten nicht überein. Der Zugriff des Bereiches öffentliche Sicherheit und Ordnung ist somit nicht mehr möglich nur noch in den Fällen, bei denen das Gericht Nachfragen hat. Die Stadt hat seit dem Beschluss des Bußgeldkatalogs 199 Ordnungswidrigkeitsverfahren geführt.

Der größte Anteil daran war zu dem Thema gelbe Säcke und Mülltonnen. Neben diesen Verfahren zur Einhaltung der Stadtordnung, werden vom Ordnungsamt jedes Jahr über 100 Anschreiben an Mieter und Vermieter Mehrfamilienhäuser verschickt, in den sie auf ihre Pflichten hingewiesen werden.

Abgeordnete Alter bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit die Möglichkeit besteht, dass die Anlieger für die Gehwegreinigung mehr in die Pflicht genommen werden könnten. So z. B., dass die Anlieger die Straße pflichtig gereinigt bekommen und dafür einen Bescheid über die Reinigungsgebühren erhalten. Von der Stadt müsste dann dazu eine Beschlussfassung vorbereitet werden, zu der dann eine politische Entscheidung getroffen werden könnte.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Informationen der Verwaltung liegen nicht vor.

TOP 10 Beendigung der öffentlichen Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird beendet. Die Niederschrift umfasst 12 Seiten.

Jürgen Teichmann
Vorsitzender

Schriftführer
